

Länder sollen Steuer selbst festlegen

Konvent für Deutschland fordert mehr Wettbewerb

km. BERLIN, 30. August. Die Föderalismusreform wird scheitern, wenn die Bundesländer nicht mehr Kompetenzen in der Steuerpolitik erhalten. Diese Mahnung hat der „Konvent für Deutschland“ ausgesprochen, in dem vierzehn ehemalige Politiker und Wirtschaftsführer regelmäßig Vorschläge zur besseren Reformfähigkeit Deutschlands machen. Der Vorsitzende des Gremiums, der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog, plädierte für mehr Wettbewerb zwischen den Ländern. Die große Koalition solle ihre hinreichend große Mehrheit nutzen, um das Grundgesetz zu ändern und die Finanzströme zwischen Bund und Ländern in diesem Sinne neu zu gliedern. Die Politik solle nicht mehr das politische Ideal einheitlicher, sondern nur noch „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ anstreben, erklärte Herzog. „Wir brauchen mehr Wettbewerb zwischen den Ländern“, sagte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).

Herzog zeigte sich besorgt, dass die Föderalismuskommission sich in diesem Herbst nur auf eine Schuldenbremse einigen könne. Damit würde nach Ansicht des Konvents die gesamte Reform der

bundesstaatlichen Verfassung scheitern, weil die Länder nicht genügend Einnahmen bekämen für jene Aufgaben, die ihnen in der Föderalismusreform I zugesprochen wurden. Die geplante Finanzierung der Kinderkrippen ist für das Ratgebergremium Beweis dafür, dass die Föderalismusreform ohne eine Neuordnung der Finanzen nicht gelingt. Obwohl Bildung nun allein Länderaufgabe sei, solle der Bund jährlich 4 Milliarden Euro zahlen. Herzog wollte sich nicht dazu äußern, ob diese Mischfinanzierung verfassungswidrig sei. Der Konvent plädiert

Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog kritisiert die Krippenfinanzierung: Obwohl die Länder allein für Erziehung zuständig sind, schießt der Bund Geld zu.

dafür, den Solidarpakt und die Besitzstände der Bundesländer bis zum Auslaufen des jetzigen Finanzausgleichs im Jahr 2019 nicht anzutasten. Die von dann an geltende Finanzreform sollte aber schon jetzt beschlossen werden. Die Länder sollten das Recht erhalten, für alle Steuern, deren Einnahmen ihnen zustünden, die Sätze festzulegen. Auch müssten die Länder ein Hebesatzrecht bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer bekommen. Der horizontale Finanzausgleich solle abgeschafft und durch Bundeszuweisungen ersetzt werden. Dabei möchte der Konvent den Nivellierungsgrad im bisherigen Finanzausgleich (95 Prozent) verringern.